
Protokoll der Delegiertenversammlung vom 1. Februar 1997 in Zofingen

Tagespräsidentin: Katrin Kuhn
Dauer: 12.30 - 18 Uhr

1. Begrüssung

Katrin Kuhn begrüsst die Delegierten und gibt bekannt, dass das Präsidium die Resolution zur Bundesverfassung durch die Resolution Gentechnologie ersetzt hat.

Esther Hasler kritisiert die Sozialpolitik des Kantons Aargau. Der Kanton spare überall auf Kosten von denen, die Hilfe nötig hätten: er setzte die Fürsorgeleistungen auf das betriebsrechtliche Existenzminimum herab, Anträge auf Verbilligung von Krankenkassenprämien müssten selber gestellt werden, Ergänzungsleistungen zur AHV und IV sowie Kinderzulagen seien tief angesetzt. Den Grünen gehe die Arbeit also nicht aus.

Cécile Bühlmann äussert sich zum Antisemitismus in der Schweiz. Sie stellt den positiven Reaktionen, die Bundesrat Delamuraz für seine Neujahrsrede erhalten habe, die besorgten Reaktionen jüdischer MitbürgerInnen gegenüber. Delamuraz habe mit seiner Rede eine Dammbrecherfunktion innegehabt. Trotzdem haben die Grünen nach einer langen Diskussion von einer Rücktrittsforderung abgesehen, um die Frage nicht zu stark zu personifizieren. Die Grünen wollen dem Antisemitismus mit einem Lehrstuhl zur Erforschung der Zeitgeschichte und mit einer Holocaust-Gedenkstätte entgegentreten.

Hanspeter Thür dankt den Aargauer Grünen für die Vorbereitung der Delegiertenversammlung. Der Titel «Grüne Sozialpolitik zwischen Vision und Umsetzung» zeige auf, dass die Grünen ihre Exekutivmitglieder nicht im Regen stehen lassen würden. Mit dem vorliegenden Papier seien drei Anträge verbunden: Existenzsicherung auf Bundesebene, Umverteilung von Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit sowie Programm für den ökologischen und sozialen Umbau.

2. Statutarisches

Als StimmzählerInnen werden Gudrun Haueter, Taja Jäck, Kuno Kälin und Daniele Jenni gewählt.

Das Protokoll der letzten Delegiertenversammlung wird einstimmig genehmigt.

Ergänzungswahlen in den Vorstand: Erica Hennequin stellt die KandidatInnen Henriette Berger, Verena Furrer-Lehmann und Bernhard Pulver vor. Die KandidatInnen werden mit Applaus gewählt. Erica weist darauf hin, dass wir jetzt eine Frauenmehrheit im Vorstand haben.

Claudius Schauffler stellt den Ordnungsantrag, über das Thema der Rede von Cécile Bühlmann zu diskutieren. Hanspeter Thür schlägt vor, diese Diskussion unter Varia durchzuführen. Dieser Vorschlag wird in der Abstimmung angenommen.

3. Grüne Sozialpolitik zwischen Vision und Umsetzung

Monika Stocker erläutert in ihrem Referat, dass die Städte heute immer stärker an der Existenzsicherung mitwirken, die Rahmenbedingungen werden aber an anderer Stelle gemacht. Sie plädiert für eine Strategie, die wirksam ist, die den Menschen ein verlässliches soziales Netz garantiert und längerfristig finanzierbar ist. Ziel sei es, zwischen Bewahren und Zerstören einen dritten Weg zu finden: einen Umbau des Sozialsystems, der zugleich realistisch und zukunftsgerichtet ist. *(Die Rede von Monika ist auf dem Sekretariat erhältlich).*

Philippe Biéler stellt zwei Projekte vor, für die er als waadtländischer Regierungsrat die Verantwortung trägt: Wiedereingliederungseinkommen und Arbeitsteilung. Die bezahlte Arbeit ist weder die einzige sinnvolle Tätigkeit noch das einzige Mittel der Selbstverwirklichung. Der Kanton Waadt hat deshalb ein Wiedereingliederungseinkommen beschlossen, das auch auf die soziale Wiedereingliederung abzielt. Eine Vorlage zur Arbeitsteilung in der kantonalen Verwaltung wird demnächst dem Parlament vorgelegt.

Katharina Prelicz-Huber informiert über die geplante Volksinitiative «zur gerechten Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit». Der gegenwärtige Arbeitsmarkt kann nicht garantieren, dass alle Menschen bezahlte Arbeit finden. Die unbezahlte Arbeit wird heute vorwiegend von Frauen geleistet. Die Initiative fördert eine gerechte Arbeitsteilung. Sie lässt die Form der Umsetzung offen, schafft aber den notwendigen politischen Druck.

Irène Meier fügt feministische Aspekte zur Sozialarbeit an. Die Existenzsicherung der Frauen ist für sie ein grundsätzliches und ungelöstes Problem unserer Zeit. Aufgrund der heutigen Diskriminierungen (niedrigerer Lohn bei gleicher Arbeit, schlechtere Jobs bei gleicher Qualifikation, Übernahme der Familienarbeit) postuliert sie ein eigenständiges Recht der Frauen auf Existenzsicherung. Zweitens müssten auch für Kinder zielgruppenorientierte und

kurzfristig realisierbare Massnahmen zur garantierten Existenzsicherung ergriffen werden.

Hugo Fasel spricht zum Thema Ökologie und Arbeitsplätze. Hugo will versuchen, ökologische Politik in Problembereiche wie beispielsweise die Arbeitslosigkeit einzubringen. Einige Beispiele: Beschäftigungsprogramme sollten dazu benutzt werden, ökologische Aufgaben zu erledigen, für die uns sonst das Geld fehlt. In Kursen dieser Programme könnte dargelegt werden, wie eine ökologische Wirtschaft gestaltet ist. Das Investitionsprogramm sollte für ökologische Investitionen benutzt werden. Fazit: Grüne Politik schafft auch Arbeitsplätze.

In der Diskussion schlägt Claudius Schauffler vor, die demokratische Wirtschaftsordnung zu thematisieren. Giorgio Canonica schlägt vor, mit Umweltorganisationen und Gewerkschaften einen detaillierten Plan um ökologische Arbeitsplätze zu schaffen. Gabrielle Maulini Dreyfus stellt einige Elemente der politischen Arbeit in Genf vor. Die Grünen haben schon vor sechs Jahren ein garantiertes Mindesteinkommen vorgeschlagen. Umgesetzt wurde schliesslich ein Modell wie im Kanton Waadt. Zur Ergänzung haben die Genfer Grünen jetzt ein garantiertes Familieneinkommen vorgeschlagen. Bei der Arbeitsteilung ging der Aspekt der Teilung der Freizeit vergessen. Arbeitsteilung existiert immer, derzeit allerdings in der schlechtesten Form. Thomas Heilmann stellt fest, dass wir keine Wirtschaftskrise haben, sondern eine Krise der Erwerbsarbeit. Die Produktivkraft ist nur unwesentlich zurückgegangen. Dagegen ist die Produktivität stark gestiegen, es wird - mit weniger Beschäftigten - also gleich viel produziert. Die soziale Sicherung ist möglich, denn Milliarden, die im obligatorischen Teil der sozialen Sicherung fehlen, werden in den überobligatorischen Bereich der zweiten Säule eingebracht. Claude-Alain Perrochet sieht die heutige Krise als Verteilungskrise. Vermögenseinkommen haben zugenommen, Erwerbseinkommen abgenommen. Er plädiert für die fiskalische Belastung des Bodenbesitzes.

In der Folge wird über drei Anträge des Vorstandes abgestimmt:

- Prüfung der Existenzsicherung des Vorstandes:
84 Ja zu 1 Nein, keine Enthaltung
- Unterstützung Initiative zur gerechten Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit:
81 Ja, keine Gegenstimme, 3 Enthaltungen
- Ausarbeitung eines umfassenden Konzeptes für den ökologischen und sozialen Umbau:
87 Ja, keine Gegenstimmen, keine Enthaltungen.

4. Resolution Gentechnologie

Ruth Gonseth und Erica Hennequin stellen die Resolution der Freien Grünen Liste und des Mouvement écologiste jurassien mit dem Titel «Keine Zwangsernährung mit Gentech-Lebensmitteln - wir Grünen boykottieren Nestlé» vor. In der Resolution wird verlangt,

dass das Bundesamt für Gesundheit die Bewilligung für Gentech-Soja widerruft. Die Grünen wollen den führenden Lebensmittelhersteller Nestlé boykottieren, solange er nicht auf die Einführung von genmanipulierten Lebensmitteln verzichtet.

In der Diskussion beantragt Peter Schiess, den letzten Absatz (Boykott) zu streichen. Dieser Antrag wird mit 13 Ja zu 45 Nein bei 4 Enthaltungen abgelehnt. In der Schlussabstimmung wird die Resolution mit 55 Ja zu 2 Nein bei 4 Enthaltungen angenommen.

5. Verschiedenes

Diskussion zum Votum von Cécile Bühlmann: Claudius Schaufliker hätte eine schärfere Stellungnahme mit einer Rücktrittsforderung an Delamuraz gewünscht. Verschiedene VotantInnen halten dem entgegen, dass diese Forderung nicht weiterhelfe. Nötig sei eine kritische Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus auch in progressiven Kreisen sowie mit den heutigen Geschäftspraktiken der Banken.

Bern, 2. April 1997

Für das Protokoll: Felix Wirz, Sekretär